



22. Februar 2012

Zweitwohnungsbau Der Staatrat in allen vier Ecken des Kantons

(IVS).- Vier Walliser Staatsräte haben sich am Mittwoch in alle vier Ecken des Kantons begeben, um gegen die Abstimmungsvorlage „Schluss mit uferlosem Zweitwohnungsbau“ vom kommenden 11. März zu intervenieren. Jacques Melly war in Nax, in der kürzlich fusionierten Gemeinde Mont-Noble; Jean Michel Cina sprach auf der Riederalp, einer Gemeinde mitten im Unesco Welterbe; Claude Roch war in den Thermalbädern von Val-d'Illiez, einem Tourismusort in der Grenzregion; Maurice Tornay schliesslich begab sich nach Vichères-Bavon, einem familienfreundlichen Skigebiet in der Region des Grossen Sankt Bernhard. In Begleitung der lokalen Behörden wiesen alle vier Regierungsmitglieder auf die Gefahren hin, die eine Annahme dieser Initiative für Bergregionen mit sich bringen würde.

Wirtschaftliche Aktivitäten in den Tälern beibehalten

Jacques Melly begab sich in die Gemeinde Mont Noble. In Begleitung der Behördenvertreter des Val d'Hérens (**Bernard Bruttin**, Präsident der Gemeinde, **Pierre-Alain Pannatier**, Gemeinderat, **Marielle Dayer**, Vizepräsidentin von Hérémente) sprach er von der grundlegenden Bedeutung der Wirtschaftsaktivitäten in den Bergtälern. Die Annahme dieser Initiative würde zu einem sofortigen Baustopp in vielen Gemeinden führen und die wirtschaftliche Entwicklung lähmen. Tausende von Arbeitsplätzen in der gesamten Schweiz wären direkt gefährdet. Insbesondere in den Gebirgskantonen.

Bernard Bruttin, Gemeindepräsident von Mont-Noble schilderte die Risiken einer Annahme der Initiative. Viele Bewohner der Gemeinde wären gezwungen, auswärts Arbeit zu suchen und in der Folge müssten Schulklassen geschlossen werden. Auch die Dorfläden, die jetzt schon ums Überleben kämpfen, würden unweigerlich verschwinden.

Eine unnötige Initiative, die nichts bringt

In Gegenwart von Vertretern der Gemeindebehörden, Tourismusbranche und Wirtschaft trat **Jean-Michel Cina** auf der Riederalp vor die Medien und unterstrich die Sinnlosigkeit einer solchen Initiative; er wies auf die Revision des Raumplanungsgesetzes hin, welches Kanton und Gemeinden unter Zugzwang setzt, Massnahmen zu treffen. Eine Annahme würde die Probleme nur verschieben und Probleme schaffen, die mitunter schlimmer sind als das Übel, das mit der Initiative bekämpft werden soll.

Gemeinderat **Christoph Golob** liess keinen Zweifel daran, dass die Annahme der Initiative für Region und Dorf eine wirtschaftliche Katastrophe bedeuten würde. Riederalp zählt 250 Ganzjahresaufenthalter, jeder ist abhängig vom Tourismus. Diese Initiative nimmt sich nicht des echten Problems an, sagte **Natalie Kummer**, Gemeinderätin und unterstrich, dass 70-80% von Zweitwohnungen am Ort eine



hohe Qualität aufweisen und Arbeitsplätze schaffen. **Valentin König**, Verantwortlicher der Seilbahnen, bestätigte, dass die Problematik erkannt wurde, die Lösung aber von der Gemeinde bzw. vom Kanton erbracht werden könne. Eine Gesamtregelung diene niemandem und könne die wahren Probleme nicht lösen. **Gerhard Berchtold**, Direktor des Tourismusbüros wies ebenfalls auf die Qualität der Zweitwohnungen hin und dass es gelte, diese besser und länger auszulasten.

Wirksame Massnahmen wurden ergriffen

Claude Roche und die vier Präsidenten des Tals (**Fernand Mariétan**, Monthey – **Marianne Maret**, Troistorrents – **Philippe Es-Borrat**, Vals d'Illicz – **Luc Fellay**, Champéry und **Rose-Marie Antille**, Vizepräsidentin, waren in Val-d'Illicz. Stellvertretend für seine Kollegen wehrte sich Philippe Es-Borrat gegen die Vormundschaft und verlangte das Recht auf Selbstbestimmung für die Bergbevölkerung. Val-d'Illicz hat bereits Massnahmen ergriffen, die zwei Gebiete betreffen: 1) den Wohnsektor, der dem „historischen“ Dorf entspricht, wo der Bau von Zweitwohnungen stark eingeschränkt wird; 2) der touristische Sektor, der den Stationen der Crosets und Champoussin entspricht und die Zone der Bäder, in der eine Ausgleichsabgabe verlangt werden kann, für Zweitwohnungen die nicht genügend besetzt sind.

Die Annahme der Initiative wäre eine Katastrophe für die lokale Wirtschaft mit Auswirkungen auf praktisch alle Unternehmungen und Geschäfte im Tal.

Der von Menschen angerichtete Schaden wäre unmenschlich

Maurice Tornay begab sich nach Vichères-Bavon. Er wurde begleitet von Behördenvertretern der Region Martigny-Entremont (**Miguelle Darbellay**, Gemeinderätin von Liddes - **Gilbert Tornare**, Präsident von Bourg-St-Pierre – **Jean-Laurent Darbellay**, Präsident von Liddes – **Patrice Michaud**, Präsident der Seilbahnen von Vichères-Liddes – **Jean-François Copt**, Grossrat und **Jean-Albert Ferrez**, Präsident des Grossen Rates und **Bernard Monnet** Präfekt des Bezirks Martinach. Anwesend waren auch Tourismusfachleute und Kleinunternehmer der Region. Ihre Überlegungen in der Zusammenfassung:

- Wie kann man das im alten Dorfkern gelegene Haus, das ich von meinem Grossvater geerbt habe, als Zweitwohnung betrachten?
- Sieben bis acht Dörfer meiner Gemeinde würden aussterben, wenn diese Initiative angenommen wird.
- In Bavon wurde die Bauzone von 400'000 m² auf 40'000 m² verkleinert. Diese schmerzhaften Massnahmen wurden von den Behörden im Wissen um die Bedeutung der nachhaltigen Entwicklung getroffen.
- Heute ist der erste Tag der Fastenzeit. Kommt die Initiative durch, dann werden wir deutlich länger als 40 Tage fasten müssen.
- Der von Menschen angerichtete Schaden wäre unmenschlich

Anhand konkreter Beispiele haben die lokalen Akteure die Bedeutung dieser Abstimmung und die fatalen Auswirkungen einer Annahme gezeigt.

Die langfristige Gefährdung eines ganzen Wirtschaftszweigs bringt die Gebirgskantone unweigerlich in Schwierigkeiten. In diesem Sinne ist der Staatsrat der Ansicht, dass es für das gesamte Land besser ist, wenn die Gebirgskantone ihre Entwicklung selber gewährleisten können und ihre wirtschaftliche und finanzielle Unabhängigkeit bewahren. Die Volksinitiative gefährdet diesen Willen und diese Entwicklung, indem sie alle künftigen Lösungen verunmöglicht. Sie erhöht die Abhängigkeit der Gebirgsregionen gegenüber den städtischen Regionen und führt zu einem Ungleichgewicht zwischen den Bevölkerungen dieses Landes. Diese Initiative widerspricht also sowohl den Zielen der Regionalpolitik als auch den Zielen des neuen Finanzausgleichs.

Die Fotos finden Sie unter den üblichen Rubriken auf www.vs.ch